

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 42 – Zukunft der medizintechnischen Ausstattung
der Partikeltherapie am Nordeuropäischen
Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 086.09 / 27.02.2009

Geht das Kalkül nicht auf, wären Millionen in den Sand gesetzt

Unter vielen Namen haben wir schon über das NRoCK debattiert. Zu Beginn war es das Protonenlaserzentrum, ein Name der eher an „Star Wars“ denn an Heilung denken lässt. Dann wurde es ein wenig freundlicher; das Partikeltherapiezentrum lässt zumindest erahnen, dass es hier um Patienten und ihre Behandlung gehen soll. Am Ende reden wir heute über das NRoCK. Ein Kürzel bei dem ohne Erläuterung niemand mehr erkennen kann, was sich dahinter verbirgt: eine Musikgruppe, ein Textilunternehmen oder doch ein Behandlungszentrum gegen Krebs?

Diese Namensposse spiegelt auf ihre Art wieder, wie unglücklich das Szenario um dieses Prestigeprojekt ist. Die Landesregierung wird auch in diesem Bericht nicht müde zu betonen, dass das NRoCK Schleswig-Holstein zu einem Alleinstellungsmerkmal verhelfen wird und den Ruf des UKSH als Exzellenzeinrichtung stärken soll. Alleinstellung? In Heidelberg steht die Pilotanlage und in Marburg entsteht ein weiteres Zentrum. Exzellenter Ruf? Das UKSH macht in jüngster Zeit eher mit Personalien Schlagzeilen, denn mit wegweisender Forschung.

Der Trick beim NRoCK sollte sein, als erste Einrichtung ein brandneues Therapieverfahren zur Krebsbehandlung anzubieten - bevor dies andere tun. Das Timing ist hier extrem wichtig, denn es gibt nur eine begrenzte Anzahl von PatientInnen. Der „brake even point“ für Kiel wären 2.800 PatientInnen im Jahr. Dieses Ziel kann gar nicht erreicht werden, denn Vorreiter ist und bleibt Heidelberg. Dort wird die Pilotanlage schon in die-

sem Frühjahr eröffnet. Und im gesamten Bundesgebiet rechnet sich nur eine Anlage.

Die Protonenlasertherapie ist noch jung und weder von der technischen, noch von der medizinischen Seite gänzlich erforscht. Auch in diesem Punkt sind wir auf die Ergebnisse aus Heidelberg angewiesen. Diese neue Technologie ist extrem teuer, weil sie teure Materialien, speziellste Technik und riesige Raumabmessungen benötigt. Und sie ist auch nicht gänzlich ungefährlich.

Nach wie vor sind also Zweifel angebracht, ob es am Ende zu einer entsprechenden Auslastung und Refinanzierung des NRoCK kommt. Da nützen auch die Zusagen der Krankenkassen und die Kooperationsvereinbarungen mit den skandinavischen Ländern wenig.

Wenn insgesamt zu wenig Patienten kommen, dann rechnet es sich eben nicht. Wenn die Therapie nicht hält, was sie zu versprechen scheint, rechnet es sich nicht. Wenn die Technik Probleme aufweist oder sich in andere Richtungen entwickelt, rechnet es sich nicht.

Gibt es dafür Anzeichen? Die Firma, die diese Technologie maßgeblich entwickelt hat, will keine neuen Projekte in diesem Bereich mehr anschieben. Die Bewältigung der begonnenen Projekte bindet mehr Kapazitäten als geplant. In der privaten Wirtschaft werden Entscheidungen niemals ohne gute Gründe getroffen. Es geht dabei fast immer ums Geld. Wo keine Gewinnaussicht, da kein Engagement.

Es ist zwar beruhigend, dass sich durch den NRoCK Vertragsdschungel ein Pfad schlängelt, der sicherstellen soll, dass Technik, Wartung und Reparaturen für die nächsten 29 Jahre gesichert sind. Aber was nützt dies, wenn Medizinforschung und Technologienentwicklung in der Zwischenzeit doch noch wieder andere Wege gehen?

Der aktuelle Bericht zeigt auf, dass das Land nicht in der direkten Verantwortung steht. In erster Linie haben Krankenkassen, Betreibergesellschaft und die Firma Siemens den „Kürzeren“ gezogen. Insofern bietet das Public-Private-Partnership“ unbestreitbar einen Vorteil.

Die Frage, ob am Ende die Gefahr einer Ausfallbürgschaft für das Land ausgeschlossen ist, bleibt jedoch unbeantwortet. Was ist, wenn es am Ende anders kommt, als die optimistischen Prognosen annehmen? 30 Jahre sind eine lange, unüberschaubare Zeit. Geht das Finanz- und Imagekalkül für Schleswig-Holstein und das UKSH nicht auf, wären Millionen in den Sand gesetzt.

* * *